

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d

## Inhalt

Peter Männing MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß, kritisiert die Embargo-Entscheidung von US-Präsident Reagan: Freunde düpiert. Seite 1

Helmut Möhring MdB begrüßt den Bericht der Kommission Langzeitplanung der Bundeswehr: Außerordentliche Anstrengungen nötig. Seite 2

Hans Büchler MdB zur Swing-Vereinbarung mit der DDR: Maßvolle Entscheidung. Seite 3

Horst Seefeld MdEP rechnet mit der Europa-Politik der Union ab: Scheinheiliger geht es nimmer. Seite 4

Renate Lepsius MdB untersucht die Situation der Koalition: Wie ein eingebildeter Kranker. Seite 5

Egon Lutz MdB warnt, sich auf den Haushaltsausgleich zu beschränken: Man wird mehr tun müssen! Seite 7

37. Jahrgang / 115

22. Juni 1982

Freunde düpiert

Die Embargo-Entscheidung Präsident Reagans offenbart Zick-Zack-Kurs

Von Peter Männing MdB  
Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

Die inzwischen völlig unerwartete Entscheidung des amerikanischen Präsidenten zum Embargo für Öl- und Gasausrichtungen bei US-Tochtergesellschaften im Ausland und bei ausländischen Firmen mit US-Lizenzverträgen wird von uns Sozialdemokraten mit Enttäuschung und Befremden zur Kenntnis genommen. Nach den konstruktiven Äußerungen Ronald Reagans während seines jüngsten Besuches in Europa und in Deutschland ist dies ein empfindlicher Rückschlag in mehrfacher Hinsicht:

- Dem Geist des Bündnisses wird Schaden zugefügt, weil versucht wird, die Entschlüsse freier europäischer Regierungen zu torpedieren und wirtschaftliche und politische Interessen europäischer Partner zu ignorieren.
- Diese Entscheidung kann keine positive Auswirkungen haben auf das Klima der Gespräche und Verhandlungen der beiden Großmächte über Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie auf das gesamte Ost-West-Verhältnis.
- Die Vereinigten Staaten als Führungsmacht des westlichen Bündnisses fahren bedauerlicherweise erneut einen Zick-Zack-Kurs und offenbaren, daß sie immer noch kein in sich geschlossenes und tragfähiges außenpolitisches Konzept besitzen. Dem Ansehen der USA in Europa wird damit Schaden zugefügt.
- Überzeugte Freunde der USA müssen sich düpiert fühlen.

Wir wissen, daß es auch in den USA Kritik an dieser Entscheidung des Präsidenten gibt und hoffen, daß auch und vor allem die angekündigte Intervention der Bundesregierung der politischen Vernunft zu einem neuen Durchbruch verhilft.

(-/22.6.1982/ks/ca)

+ + +

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

Printed in Germany  
with special printing  
technology



Außerordentliche Anstrengungen nötig  
-----

Die Kommission für die Langzeitplanung der Bundeswehr hat ihre Arbeit abgeschlossen

Von Helmuth Möhring MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik  
der SPD-Bundestagsfraktion

Der dem Verteidigungsminister Hans Apel vorgelegte und gleichzeitig der Öffentlichkeit vorgestellte Bericht der "Kommission für die Langzeitplanung der Bundeswehr" ist eine sehr hilfreiche Grundlage, auch für das Parlament, die Zukunftsprobleme der Bundeswehr besser kennenzulernen, zu beurteilen und den politischen Handlungsbedarf zu ermitteln.

Ziel: Unter Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht die personelle, materielle und finanzielle Bedarfsdeckung der Streitkräfte auch in Zeiten geburtenschwacher Jahrgänge sicherzustellen.

Wichtig bleibt, die Rahmenbedingungen dieser Arbeit zu kennen und zu bejahen:

- Das Nordatlantische Bündnis ist für uns unverzichtbar.
- Wir wollen und müssen einen NATO-Beitrag leisten, der unsere Leistungsfähigkeit nicht übersteigt und sich angemessen in den Gesamthaushalt einfügt.

Die Empfehlungen der Kommission zeigen, daß dazu außerordentliche Anstrengungen nötig sind.

Verteidigungsminister Apel hat bereits nötige Schritte zur Vervollkommung von Zukunftsüberlegungen eingeleitet, zum Beispiel die Erstellung einer verbindlichen Rechtsauskunft, ob - und wenn ja, unter welchen Bedingungen - Frauen freiwillig in den Streitkräften Dienst tun können. Ebenso wichtig ist die Ankündigung, daß der Generalinspekteur Mitte nächsten Jahres den Streitkräfteplan 1993 vorlegt und dazu ein Forschungs- und Technologie-Konzept, das richtungsweisend für die zukünftige Struktur der Bundeswehr ist.

Die Kommission schlägt außerdem Folgeuntersuchungen vor über

- Vorwarnzeit und Streitkräfte-Strukturen,
- Arbeitsteilung im Bündnis
- und Änderungen bei technologischem Fortschritt.

Ich begrüße diese Vorschläge und werde mich dafür einsetzen, daß sie zügig realisiert werden.

(-/22.6.1982/ks/ca)

+ + +



**Maßvolle Entscheidung**  
-----

**Swing-Vereinbarung mit der DDR wahrt Vorteile für unsere Wirtschaft**

Von Hans Büchler MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion begrüßt es, daß die Bundesregierung vor dem Hintergrund unseres Interesses an der Aufrechterhaltung der Stabilität des innerdeutschen Handels und in Ansehung des politischen Gesamtzusammenhanges eine maßvolle Entscheidung getroffen hat und den Swing nur auf die ungefähre Höhe seiner Inanspruchnahme durch die DDR auf 600 Millionen Verrechnungseinheiten jährlich zurückführen wird. Dadurch bleiben auch weiter die vom Swing ausgehenden Vorteile für westberliner und westdeutsche Lieferanten erhalten.

Die Bereitschaft der Regierung der DDR, in Gegenzug für denselben Zeitraum bis 1985 jährlich 60 Millionen DM für den nichtkommerziellen Zahlungsverkehr zur Verfügung zu stellen, wird Rentnern, Pensionsbeziehern, Sozialhilfeempfängern und minderjährigen Waisen zugute kommen, die Besitzer von Guthaben auf DDR-Banken sind.

Im Sinne internationaler Gepflogenheiten muß die Amnestie für Bürger der DDR gewertet werden, die vor dem 1. Januar 1981 die DDR illegal verlassen haben.

Mit der Verlängerung des Tagesaufenthaltes in Ost-Berlin und der DDR um zwei Stunden ist ein weiterer Schritt zur Verwirklichung eines berechtigten Anliegens der Bürger West-Berlins und zur Verbesserung der Berliner Reise- und Besucherregelung des Jahres 1971 getan worden.

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion vertritt die Auffassung, daß in der Frage des Mindestumtausches eine sozial gerechte Lösung, insbesondere für Bezieher geringer Einkommen, Rentner, Behinderte und Jugendliche, gefunden werden muß.

(-/22.6.1982/ks/ca)

+ + +



Scheinheiliger geht es nimmer  
-----

Die Union treibt ein peinliches Spiel mit Europa

Von Horst Seefeld MdEP

Obmann der deutschen Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Scheinheiliger geht es nimmer: Erst sabotiert die Fraktionsspitze von CDU/CSU (Vorsitzender: Helmut Kohl) die Europa-Debatte im Deutschen Bundestag und dann setzen sich am heutigen Dienstag einige CDU/CSU-MdEP in die niedersächsische Landesvertretung, um vor Journalisten die Weisheit kundzutun, die Bundesregierung sei an der Misere der Europa-Politik schuld.

Kritik an der Bremserfunktion des EG-Ministerrats schließen sich Parlamentarier aller Fraktionen des EP vorbehaltlos an. Aber, daß die Unionsabgeordneten des Europäischen Parlaments es dem Mainzer Guru so einfach durchgehen lassen, daß er die große Europa-Debatte mit Entschließungsanträgen aus allen Bundestagsfraktionen verhindert hat, ist mehr als peinlich. Die Mehrheit der sozial-liberalen Koalition wollte eine Stärkung und Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Politischen Zusammenarbeit herbeiführen, indem die Entscheidungsstrukturen beider Gremien zusammengeführt und damit die Handlungsfähigkeit nach innen und außen gestärkt worden wäre. Weiter sollten die Rechte des Europäischen Parlaments nach Meinung von SPD und FDP gestärkt werden durch Ausbau des Haushaltsrechts, Mitwirkung bei der Ratifizierungs-, Handels-, Assoziations- und Beitrittsverträge, stärkere Beteiligung bei außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungen, Mitwirkung bei der Einsetzung der EG-Kommission und der Wahl des Gerichtshofes sowie gegenüber EG-Ministerrat und EG-Kommission. Schließlich sollte endlich eine Verzahnung zwischen europäischer und nationaler Politik erfolgen, indem der Bundestag einen Unterausschuß "Europapolitik" erhalten sollte. Dazu wird es zunächst durch den Wortbruch des Oppositionsführers nicht kommen. Zum Schaden Europas und seiner Bürger, aber auch zum Nachteil deutscher Interessen.

"Es geht nicht an, Europa in Sonntagsreden zwar immer zu fordern, sonst aber nichts dafür zu tun, sondern im Gegenteil bei jeder Gelegenheit zu bremsen und darüber hinaus Europa noch für alles verantwortlich zu machen, daß zu hause nichts klappt", hat heute morgen mein EP-Kollege Siegbert Alber, stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion (CDU), erklärt. Dem ist nichts hinzuzufügen. (-/22.6.1982/ks/ca)

+ + +



Höchste Zeit  
-----

Die Bundesrepublik benimmt sich wie ein eingebildeter Kranker

Von Dr. Renate Lepsius MdB

Mitglied des Vorstandes der SPD-Bundestagsfraktion

1. Nach den Hamburger Wahlen ist die FDP in eine problematische Situation geraten, die durch die knappe Mehrheitsentscheidung der hessischen FDP für Dregger und die hessische CDU keineswegs leichter, sondern eher noch schwieriger geworden ist. Die FDP ist weithin vom Mehrheitsbeschaffer in die Rolle einer vierten Partei verdrängt worden. Viele der nervösen und überreizten Reaktionen finden hier eine Erklärung.
2. Denn Zünglein an der Waage ist die FDP nur noch auf der Ebene des Bundes, dort nämlich, wo sie im Bunde mit den Sozialdemokraten unter Kanzler Helmut Schmidt erfolgreich Politik betrieben hat. Nur dort hat die FDP Überlebenschancen. Vorausgesetzt, der Wille zu gemeinsamen Kompromissen für den Haushalt 83 ist vorhanden. Vorausgesetzt, keiner der beiden Koalitionspartner setzt auf Selbstverleugnung des anderen und bewirkt eine Eigendynamik, die niemand mehr zähmen kann, dann wird die Koalition fortbestehen. Aber jede Partei ist ihres Glückes Schmied, oder in Umkehrung dieses Wortes, auch ihres Unglückes Schmied.
3. In der jetzigen Situation zeigt sich die sozialdemokratische Partei und Fraktion geschlossen. Niemand in der SPD sehnt sich nach Opposition. Aber die SPD ist selbstbewußter, auch wenn sie bei der Kompromißfindung für den Bundeshaushalt 83 bis an die Grenze der Selbstverleugnung gegangen ist. Es wäre verhängnisvoll, wenn diese Koalition in einem Zeitpunkt auseinanderlaufen würde, in dem man im Tal angelangt, voranschreitend bessere Rahmenbedingungen schafft, um der christdemokratischen Opposition die Prämie für eine entsagungsvolle zielbewußte Politik zu schenken.
4. In einer über zweijährigen Krisenphase hat die Regierung Schmidt/Genscher erfolgreich dazu beigetragen, einen Rückfall in den kalten Krieg nach Afghanistan, nach Polen und nach der Reorganisation der amerikanischen Regierung zu verhindern. Dabei ist es das Verdienst der sozialliberalen Regierung, die Verschärfung des Ost-West-Konfliktes vermindert und gleichzeitig die westeuropäische Kooperation gestärkt zu haben. Die wahre Rolle der Bundesrepublik liegt in dem Doppelausgleich zwischen Westeuropa und Amerika und dem Verhältnis Amerikas zur Sowjetunion. Bundeskanzler und Bundesaußenminister haben diese Rolle voll ausgefüllt. Die spannungsmindernde Qualität dieser sozialliberalen Politik ist durch die christdemokratischen Verdächtigungen als vermeintlich unzuverlässig nur unterstrichen worden. Auch Reagans modifizierte Politik bei der Eröffnung von Rüstungskontrollverhandlungen wäre ohne den entdramatisierenden Einfluß sozialliberaler Politik innerhalb des westlichen Bündnisses undenkbar. Was denn, bitte schön, hätte hier die Opposition gemacht?
5. Auch wenn es in der etwas weinerlichen bundesdeutschen Wirklichkeit nicht so deutlich geworden ist, so liegen die besonderen Leistungen der sozialliberalen Koalition zweifellos auf wirtschaftlichem Gebiet. Getrübt durch die wachsenden Arbeitslosenzahlen haben wir uns selbst den Blick verstellt, daß die Aufrechterhaltung einer liberalen westlichen Welthandelspolitik das zentrale Verdienst der Regierung Schmidt/Genscher ist. Dabei lauern die Gefahren mitten im Bündnis, die Gefahr des Protek-



tionismus, die Gefahren der Kontingentierung, sei es seitens Amerikas, sei es seitens Englands oder auch Frankreichs. Die Politik der Sanktionen und Kontingentierung ist eine Gefahr für den Welthandel. Wäre man ihr gefolgt, hätten wir heute vermutlich eine ähnliche Schrumpfsituation wie während der Phase der großen Rezession Ende der zwanziger Jahre. Hierin erblicke ich die eigentlich zentralen Leistungen von Kanzler Helmut Schmidt, die seltsamerweise im provinziellen Kontext der Bundesrepublik nicht so recht wahrgenommen werden. Aber im Ausland. Was denn, bitte schön, hätte wohl eine Regierung Kohl hier getan?

6. Richtig: Innenpolitisch ist durch die Grünen eine neue Situation entstanden. Ihre Faszination auf die Jugend geht auf ihre Spontanität, ihre mangelnde Organisationsstruktur zurück, mit der aber auch gleichzeitig die Drohung der Unregierbarkeit über der Republik schwebt. Im schlimmsten Fall die konservative Wende zur Restauration. Es ist höchste Zeit für die sozialliberale Koalition, der Jugend zu zeigen, wohin die Gerinnung der noch lockeren Gruppierungen innerhalb der grünen Szenen führt: der Verschleierung des miteinander konkurrierenden Systems von Konservativen und Sozialliberalen.

Bei den Grünen haben sich viele Gruppen zusammengetan. Das ist ein sehr heterogenes Zweckbündnis linker, sozialistischer, kommunistischer, protestantisch bürgerlicher und vor allem auch utopischer Orientierungen, die von besonderem Reiz für Teile des Bildungsbürgertums, insbesondere aber der protestantischen Jugend ist. Dieses Zweckbündnis unterschiedlicher Trägergruppen wird keine konstruktive Politik hervorbringen, auch wenn deren sogenannte "Koalitionswürdigkeit" im Spektrum unseres Parteiensystems noch so häufig propagiert wird. Den widersprüchlichen und utopisch-rigorosen Gehalt grüner Politik deutlich zu machen, eine Rückbindung der grünen Wähler in der Parlamentarismus durchzusetzen, auch dies ist eine Zukunftsaufgabe der sozialliberalen Koalition.

Hier gilt es nicht die grünen Kader, sondern die grünen Wähler zu gewinnen. Zwei Drittel von ihnen sind junge Leute, unter 30 Jahren. Von der Kompliziertheit des politischen Handlungsrahmens haben wir ihnen kaum eine Ahnung vermittelt, wie diese Jugend umgekehrt keine Erinnerungen hat an den Aufbruch der sozialliberalen Koalition. Die Schrumpfung des Horizonts auf Bürgerinitiativen, auf Bewegungen mit begrenzten Themen und Ängsten ist eine Gefahr, die nur durch Rückgewinnung der Sachkompetenz in Fragen der Umweltprobleme, in Fragen der Rüstungsbegrenzung und Kontrolle und ihrer Einbettung in die Kompliziertheit der Politiken wirksam begegnet werden kann. Reine Gesinnung aufflammen zu lassen, genügt eben nicht. Eine "neue Politik" zu proklamieren, auch dies genügt nicht. Was bitte schön, hat denn hier die Opposition anderes zu bieten als bloß konservative Gesinnung? (-/22.6.1982/ks/ca)

+ + +



Man wird mehr tun müssen!

-----

### Der Haushaltsausgleich ist nur ein zu lösendes Problem

Von Egon Lutz MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Arbeit und Sozialordnung der SPD-Bundestagsfraktion

Man kann es den Medien nicht verdenken, wenn sie ihre Aufmerksamkeit auf die Frage konzentriert, ob die Koalitionäre es schaffen werden, den Haushalt 1983 auszugleichen oder nicht. Dazu sind schon genügend schicksalsschwangere Reden gehalten worden als daß man noch zu Lösungen finden könnte, die das meiste in der Schwebe halten würden. Zweifelsohne ist es schon auch aller Aufmerksamkeit wert, wem die Lasten des Haushaltsausgleichs aufgebürdet werden und wieviel Milliarden über den Kreditmarkt aufzubringen sein werden. Indes, es wäre wohl wesentlich zu kurz gedacht, wenn man allein in Milliarden rechnen und mit Deckungslücken operieren wollte. Ein Haushalt ist natürlich immer auch Gesellschaftspolitik, der von 1983 vielleicht noch stärker als seine Vorgänger. Und ein Etat hat immer auch mehr zu sein als nur eine Momentaufnahme. Er ist auch danach zu beurteilen, welche Perspektiven er weist. Das sehen die, die eine Tendenzwende anstuern, durchaus richtig. Das haben aber auch die im Auge zu behalten, die nicht einer Operation '83 eine '84, eine '85 und dann immer wieder eine folgen lassen wollen, bis der Sozialstaat auf diese Weise klammheimlich vor die Hunde gegangen sein wird.

Das heißt: Man wird auch zu bedenken haben, welche Beiträge der Haushalt im kommenden Jahr zur Bekämpfung des Grundübels der Arbeitslosigkeit leistet. Käme in dieser Frage nichts über, würde der Kampf um Deckungsbeiträge gar zu stagnierenden oder rückläufigen Investitionshaushalten führen, dann fehlte es eben an einer Dimension, die schon im Wahljahr neue, schreckliche Verwerfungen auslösen müßte. Denn die relativ optimistischen Grundannahmen, die etwa die Schätzung der Zahl der Erwerbstätigen auszeichnen, könnten schon im Frost des Frühjahrs 1983 dahinsterven. Und dann hieße die unausweichliche Konsequenz: neu rechnen, neu hineinschneiden ins soziale Netz, neue Lastenverteilungskonferenzen mit dem Koalitionspartner und dem von der Opposition beherrschten Bundesrat.

Ich warne davor, die beschäftigungspolitische Perspektive schon durch das Wirksamwerden der Investitionszulage erfüllt zu sehen. Natürlich gehen davon positive Wirkungen auf den Arbeitsmarkt aus, aber es werden auch belastende Elemente gegengerechnet werden müssen, die aus einer Beschleunigung der Rationalisierungs- und Automatisierungsvorgänge in den Fabrikhallen, Werkstätten und Büros erwachsen. Die Investitionszulage ist ferner auch keine Antwort auf die strukturellen Probleme des Ruhrgebiets und des Saarlands, kein Heilmittel wider ein Zurückfahren der Verkehrsinvestitionen oder eine Reduzierung der öffentlichen Hochbautätigkeit. Die Investitionszulage nützt dennotrischen Notstandsgebieten der Bundesrepublik nicht nur nichts, sie kann sogar zu einer weiteren Konzentration der Industrie in den Ballungszentren beitragen. Also wird man mehr tun müssen, auf anderen Gebieten ansetzen müssen, damit vorhandene positive Tendenzen verstärkt und zu befürchtende Verfestigungen bekämpft werden können.

Die Probleme, die der Beschäftigungspolitik aus der Hochzinspolitik der Bundesbank erwachsen, sollen hier nicht näher beleuchtet werden, sie seien nur angemerkt. Denn wenn die Bundesbank tatsächlich wieder aufs Bremspedal treten sollte, dann werden sogar die Impulse aus der Investitionszulage zu relativieren sein - von anderen Problemen ganz zu schweigen. Bedrohlich ist das zu befürchtende prozyklische Verhalten von Bund,



Ländern und Gemeinden, das letztlich nicht nur den Ruin der Bauindustrie bedeuten kann. Wenn die Steuereinnahmen weiter zurückgehen, wenn auch die Steuerschätzungen neue Düsternis verheißen, dann setzt sich ein Automatismus in Bewegung, der zum Stillstand und Rückschritt auf dem Sektor der öffentlichen Investitionen führen muß, dadurch neue Schwierigkeiten für die öffentlichen Hände auslöst, neue Einschnitte notwendig macht und so weiter und so weiter. Die Todesspirale muß gestoppt werden, will der Staat handlungsfähig bleiben.

Damit stellt sich auch die Frage der Staatsverschuldung in einem etwas anderen Lichte, als sie von den Tendenzwendern derzeit bespiegelt wird. Kredite, die beschäftigungspolitische Wirkungen auslösen und neue Werte schaffen, haben eine ungleich größere Bedeutung als solche, die zum Abdecken aufgelaufener konsumtiver Verpflichtungen aufgenommen werden müssen. Hier hat der Bund eine Leitfunktion für alle öffentlichen Hände, er sollte sie überzeugend demonstrieren.

Wenn der Staat strukturelle Verwerfungen bekämpfen will, ja bekämpfen muß, weiß ihm die Verfassung gebietet, für alle seine Bürger möglichst gleiche Lebensbedingungen und -chancen zu schaffen, dann muß er strukturpolitische Hilfen nicht nur gezielt einsetzen, er muß sich auch das Geld dafür beschaffen. Dann macht es sehr wohl Sinn, die mit den größeren Taschen und den kräftigeren Schultern mit einem Sonderopfer zu bedenken, denn nach Lage der Dinge würden sie in unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung ja auch die Begünstigten stimulierender, fördernder Strukturpolitik sein. Und es macht natürlich überhaupt keinen Sinn, wenn man zwar ganz allgemein danach schreit, der Staat müsse die Investitionstätigkeit der Unternehmen begünstigen und dann im Steuerrecht entnommene und reinvestierte Gewinne gleichbehandelt.

Da erklärtermaßen mit der Trumpfkarte Wirtschaftswachstum in der nahen Zukunft nicht viel Staat zu machen sein wird, wird die Frage zu stellen sein, ob im Haushalt '83 erkennbare Ansätze für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu entdecken sind, ob es arbeitsbeschaffende Aktivitäten für die Problemgruppen des Arbeitsmarktes gibt, welche gezielte individuelle Förderung angeboten wird. Ein Etat mit Perspektive begnügt sich eben nicht damit, das Loch bei der Bundesanstalt für Arbeit zu stopfen, sondern achtet darauf, daß möglichst Geld in Programme gesteckt wird, die Arbeitslosigkeit vermeiden oder überbrücken können. Es ist nachgerade komisch, daß im Grunde jeder Politiker die Finanzierung von Arbeitslosigkeit für die unfruchtbarste Bekämpfung des Syndroms hält, aber die jeweiligen Mehrheiten dann doch wieder die aktiven Posten in der Angebotliste der Arbeitsämter zusammenstreichen.

Schließlich, und ganz gewiß nicht zuletzt, müßte von diesem Haushalt ein Signal für die Arbeitszeitverkürzungspolitik der Tarifvertragsparteien ausgehen. Das Problem Tarifrrente und die flankierenden Angebote des Staates sollten zu ersten Lösungen geführt werden. Teilzeit im Alter bei Sicherung späterer Rentenanwartschaften ist ebenfalls in haushaltswirksame Angebote umzusetzen. Eine Menge ist auf diesem Felde schon vorgerechnet worden. Jetzt käme es darauf an, den Tarifparteien Kostenteilungskonzepte vorzuschlagen, die den Staat in vernünftigen Grenzen belasten, andererseits aber auch zu erheblichen Entlastungen auf dem Arbeitsmarkt führen könnten.

Das wären Perspektiven, die allein garantieren, daß nicht alle Jahre wieder ein Stück Sozialstaat mehr geopfert werden muß. (-/22.6.1982/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

